ANTRAG

Gremium: *Bundeskongress (Mehrheitlich angenommen)*

Beschlussdatum: *18.10.2026*

Tagesordnungspunkt: *16.c. Allgemeine Anträge*

A6NEU: Fliegern die Flügel heben – Flugabgabe abschaffen, Luftverkehr öffnen

Antragstext

Das Flugzeug ist nicht nur ein Meisterwerk der Ingenieurskunst, sondern auch das Verkehrsmittel, das die Welt wie kein anderes verbindet. Die Flugverbindungen zwischen Europas Metropolen verknüpfen Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und vor allem Menschen miteinander. Gerade für eine kleine, exportorientierte Volkswirtschaft wie Österreich ist eine gute internationale Anbindung keine Nebensache, sondern eine Grundvoraussetzung für Wohlstand.

Doch der Luftfahrtstandort Österreich verliert an Boden. Während Flughäfen in unseren Nachbarländern wachsen, rechnet der Flughafen Wien für 2026 mit rund zwei Millionen Passagieren weniger.[1] Wizz Air hat Wien im März 2026 verlassen[2], Ryanair hat für den Sommer 2026 fünf Flugzeuge und neun Strecken aus Österreich abgezogen und stattdessen Maschinen im nur eine Autostunde entfernten Bratislava stationiert.[3] Dort gibt es keine vergleichbare Abgabe.

Die Lufthansa Group baut ihre Verbindungen zu den Drehkreuzen Frankfurt und München aus, während innerösterreichische Verbindungen wie Graz–Wien wegfallen.[4] In den westlichen Bundesländern ist der Umweg über das Ausland längst Alltag: Vorarlberg fliegt ab Zürich, Tirol und Salzburg ab München. Das Signal ist fatal. Wer international erreichbar sein will, muss Österreich verlassen.

Ein wesentlicher Grund dafür ist die Flugabgabe. Mit 12 Euro pro Passagier und sogar 30 Euro für Flüge unter 350 Kilometern gehört sie zu den höchsten Ticketsteuern Europas.[5] Sie bringt dem Bund rund 170 Millionen Euro jährlich,[6] fließt aber ohne jede Zweckbindung ins allgemeine Budget. Eine Klimamaßnahme ist sie damit nicht – der Luftverkehr innerhalb Europas unterliegt bereits dem EU-Emissionshandel und der europäischen Beimischungspflicht für nachhaltige

Treibstoffe. Die nationale Abgabe führt zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber ausländischen Flughäfen und bewirkt insbesondere in grenznahen Regionen, dass Passagiere auf Flughäfen in Nachbarstaaten ausweichen. Dazu kommen die zusätzlichen Autofahrten dorthin. Andere Staaten haben das erkannt: Schweden und die Slowakei haben ihre Flugsteuern abgeschafft[7,8], Deutschland hat seine Luftverkehrsteuer mit 1. Juli 2026 gesenkt[9]. Österreich darf hier nicht zurückbleiben.

Standortpolitik endet jedoch nicht an der Staatsgrenze. Noch immer erlaubt Artikel 7 des Chicagoer Abkommens von 1944 jedem Staat, ausländischen Fluggesellschaften den Transport von Passagieren und Fracht innerhalb des eigenen Staatsgebiets zu verbieten. Dieses sogenannte Kabotageverbot wurde geschaffen, um die jungen Luftfahrtindustrien der Nachkriegszeit zu schützen. Mehr als 80 Jahre später schützt es allerdings vor allem etablierte Fluggesellschaften vor Wettbewerb. Es führt zudem dazu, dass Flugzeuge auf Inlandsteilstrecken leer oder halb leer fliegen müssen, obwohl der Flug ohnehin stattfindet. Innerhalb der Europäischen Union ist die Kabotage längst freigegeben, und der Gemeinsame Europäische Luftverkehrsraum beweist, dass Marktöffnung funktioniert. Diesen Erfolg gilt es nun auch international fortzuführen.

Es ist nicht Aufgabe des Staates, mit willkürlichen Distanzgrenzen oder Marktabschottung zu bestimmen, welche Strecken sich lohnen und wer sie fliegen darf. Das sollen Fluggesellschaften, Flughäfen und letztlich die Reisenden selbst entscheiden. Um den Standort Österreich gegenüber Flughäfen wie München, Zürich und Bratislava wieder wettbewerbsfähig zu machen und den internationalen Luftverkehr weiter zu öffnen, fordern wir Junge liberale NEOS – JUNOS daher:

1. **Vollständige Abschaffung der Flugabgabe:** Das Flugabgabegesetz (FlugAbgG) soll ersatzlos aufgehoben werden.

2. **Sofortiger erster Schritt:** Bis zur vollständigen Abschaffung soll der erhöhte Satz von 30 Euro für Flüge unter 350 Kilometern gestrichen und die Abgabe insgesamt spürbar gesenkt werden. Die im Budget für den Luftfahrtstandort vorgesehenen 30 Millionen Euro jährlich sind vollständig für diese Senkung zu verwenden.

3. **Gegenfinanzierung ohne neue Steuern:** Der Einnahmenentfall ist ausgabenseitig durch Einsparungen im Bundeshaushalt auszugleichen. Die zusätzlichen Einnahmen durch mehr Passagiere, Arbeitsplätze und Tourismus (Umwegrentabilität) sind unabhängig zu evaluieren und transparent darzustellen.

4. **Abschaffung des Kabotageverbots im internationalen Luftverkehr:** Die Bundesregierung soll sich für die Änderung von Artikel 7 des Chicagoer Abkommens mit dem Ziel der Abschaffung des Kabotageverbots ein. Als Zwischenschritt soll die Exklusivitätsklausel gestrichen werden, damit Staaten Kabotagerechte auch bilateral oder plurilateral gewähren können. In künftigen Luftverkehrsabkommen der EU mit Drittstaaten sollen Kabotagerechte gegenseitig geöffnet und keine neuen Kabotagebeschränkungen aufgenommen werden.

- **Abschaffung des begünstigten Umsatzsteuersatzes für Inlandsflüge:** Der begünstigte Umsatzsteuersatz von 13 % für Inlandsflüge wird abgeschafft und auf den allgemeinen Steuersatz von 20 % angepasst.

6. **Unternehmerische Freiheit statt staatlicher Streckenlenkung:** Welche Verbindungen angeboten werden, entscheiden Fluggesellschaften und Flughäfen. Flughäfen sollen im Rahmen ihrer eigenen Gebührenpolitik selbst festlegen, welche Zielgruppen und Airlines sie ansprechen wollen. Das stärkt insbesondere die österreichischen Regionalflughäfen.

7. **Klimaschutz nach gemeinsamen europäischen Regeln:**
Ergänzend zum Abbau österreichischer Sonderbelastungen soll die Bundesregierung auf europäischer Ebene auf faire Wettbewerbsbedingungen und einen wirksamen EU-Emissionshandel im Luftverkehr hinwirken. Bestehende Ausnahmen aufgrund geringer jährlicher Emissionen oder geringer Flugzahlen sollen auf ihre sachliche Rechtfertigung überprüft und gegebenenfalls abgebaut werden. Dies betrifft auch Privatjets und Geschäftsreiseflugzeuge. Dabei sind Klimawirkung, Verwaltungsaufwand und mögliche Verlagerungen von Flügen zu berücksichtigen. Vereinfachte Verfahren sollen unnötige Bürokratie vermeiden.

- **Der Staat schafft den Rahmen, nicht die Routen:** Wir lehnen dauerhafte Subventionen an Fluggesellschaften für die Bedienung einzelner Strecken klar ab. Die Verantwortung der Politik beschränkt sich darauf, verlässliche Rahmenbedingungen für wettbewerbsfähige Flugverbindungen von und zu österreichischen Flughäfen zu schaffen.

[1] Flughafen Wien AG | 20.01.2026 | Flughafen Wien verzeichnet 2025 mit 43,4 Mio. (Gruppe) und 32,6 Mio. (Standort Wien) neue Passagierrekorde und ein Rekord-Frachtaufkommen

[2] Heute.at | 15.03.2026 | Aus für Wizz Air: Airline macht Basis in Wien dicht

[3] MeinBezirk.at | 29.01.2026 | Ryanair streicht erneut Maschinen und Strecken am Wiener Flughafen

[4] derStandard.at | 04.08.2026 | AUA streicht Flug zwischen Wien und Graz

[5] Aviation.Direct | 15.07.2026 | So unterschiedlich sind die nationalen Ticketsteuern in Europa

[6] trend.at | 15.09.2026 | Flughafen Wien fordert spürbare Senkung der Ticketsteuer

[7] airliners.de | 07.01.2026 | Schwedens Flughäfen beenden 2025 mit starkem Wachstumsschub

[8] NÖN.at | 07.06.2026 | Flughafen Bratislava baut um 50 Millionen Euro aus

[9] Handelsblatt | 21.05.2026 | Bundestag senkt Ticketsteuer bei Flügen